

Indiens Innenpolitik im Berichtsjahr

VON
Joachim Betz

Die ersten Monate des Jahres 1997 waren geprägt von deutlicher werdenden Versuchen der Kongreßpartei, den Kurs der Regierung, die auf ihre Unterstützung von außen angewiesen war, wieder stärker zu beeinflussen bzw. diese, sollte die Strategie nicht verfangen, auszuhebeln. Hauptprotagonist dieser Bestrebungen war der neue Kongreßpräsident Sitaram Kesri, der sich im Januar 1997 auch als Fraktionsführer (gegen so prominente Rivalen wie Sharad Pawar) durchgesetzt hatte. Er installierte in der Fraktionsführung junge Leute seiner Wahl, die instruiert wurden, die Regierung v.a. auch bezüglich der Resultate ihrer Wirtschaftspolitik zu attackieren.

Etliche Ereignisse zu Beginn des Jahres trugen zu verschärfter politischer Ungeduld der Kongreßführung bei. Zuerst zeichnete sich bei den Landtagswahlen im Punjab eine drohende Niederlage der regierenden Kongreßpartei gegen die sich bildende Allianz der gemäßigten Sikhs (Akali Dal) und der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) ab, eine Allianz, die vom Bestreben der (eigentlich gar nicht föderalistischen) BJP geprägt war, endlich ihre Koalitionsfähigkeit zu demonstrieren und ihr politisches Pariadasein abzustreifen. Die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten fiel deshalb nicht schwer, weil die Akali Dal innerhalb der nennenswerten Hinduminderheit im Punjab noch nie sonderlich Punkte gemacht hatte. Gegen die Allianz halfen auch Versuche der regierenden Kongreßpartei im Lande wenig, die Wähler mit populistischen Geschenken zu betören (auf die die Allianz mit dem Versprechen noch größerer Wahlgeschenke reagierte). Bei den Wahlen am 7. Februar 1997 wurde die Kongreßpartei geradezu dezimiert (von 87 auf 14 Sitze), die Allianz feierte einen triumphalen Sieg (93 der 117 Sitze), die radikalen Sikhs, linke Parteien und die Parteien der Niedrigkastigen wurden fast auf Null reduziert. Insgesamt brachten die Wahlen eine endgültige Rückkehr zur politischen Normalität im Punjab bei hoher Wahlbeteiligung und der Marginalisierung der Radikalen. Die Koalition BJP-Akali Dal fand rasch zur Bildung einer Regierung, in deren Programm alle seit langem strittigen Ziele der Sikhs (Wasser- teilung, Transfer der Hauptstadt Chandigarh etc.) erst einmal auf Eis gelegt wurden.

Ein weiteres Ereignis, das die Beziehungen zwischen der regierenden Vereinigten Front unter Premier Dewe Gowda und der Kongreßführung belastete, war die Übergabe der Bofors-Dokumente durch schweizerische Behörden

Ende Januar 1997. Die Schweiz hatte schon 1990 dem indischen Verlangen nach Rechtshilfe nachgegeben und vor Gericht die Herausgabe der Dokumente beantragt. Zahlreiche Appelle gegen die Entscheidung der Genfer Richter hatten die Herausgabe aber sechs Jahre lang verzögert. Diese brachte den Premier nun freilich in eine Zwickmühle: Würde er die Ermittlungsbehörden zu rascher Bearbeitung veranlassen, brächte er die durch das Material belastete Kongreßpartei gegen sich auf, bei Schleifenlassen der Angelegenheit dagegen die Linksparteien. Die Veröffentlichung der Namensliste derjenigen, die in den seinerzeitigen Bestechungsskandal verwickelt waren, erfolgte Ende Februar seitens des Zentralen Ermittlungsbüros (CBI) und brachte keine Überraschungen. Wie erwartet gehörte zu den Hauptbegünstigten der Seitenzahlungen die Familie Quattrocchi, enge Freunde der Gandhis. Die Ankündigung Premierminister Gowdas, die Namensliste ins Parlament zu bringen, führte zu einer deutlichen Abkühlung der Beziehungen zum Kongreß. Der ließ denn auch im März verlauten, er werde die Regierung künftig nur noch punktuell, aber nicht mehr pauschal stützen; Ende März entzog er der Regierung den Rückhalt vollständig. Diesem Schritt gingen Nachwahlen in etlichen Wahlkreisen voraus, bei denen die Kongreßpartei herbe Verluste auch in Hochburgen einstecken mußte, die die Vereinigte Front aber noch mehr schädigten (selbst der Wahlkreis des Premierministers ging verloren). Diese war auch geschwächt durch die Vorladung eines ihrer Führer, des schillernden Janata-Dal-Präsidenten und Chefministers von Bihar, Laloo Prasad Yadav, wegen des Verdachts der Unterschlagung von Futtermittelsubventionen (im Umfang von ca. 250 Mio. DM). Wohl letzter Anlaß des Bruchs waren Befragungen des Kongreßpräsidenten über die Quellen seines Reichtums durch das CBI und über die mögliche Steuerhinterziehung der Partei aus ausländischen Spenden zur Amtszeit Kesris als Schatzmeister.

Jedenfalls entzog der Kongreßpräsident in einer dramatischen Aktion - ohne Konsultation mit den anderen Kongreßführern - in einem Brief an den Staatspräsidenten der Regierung seine Unterstützung, wobei er diesen Schritt mit drohenden Gefahren für den säkularen Charakter Indiens begründete. In Wirklichkeit ging es natürlich darum, der Regierung ihre Grenzen deutlich zu machen und den Einfluß der Kongreßpartei auf sie zu stärken, sekundär wohl auch darum, daß deren Präsident seine Stellung gegenüber seinen Konkurrenten festigte. Der Gefahr von Neuwahlen wollten sich weder der Kongreß noch die Vereinigte Front aussetzen (die Begeisterung der BJP-Abgeordneten über eine derartige Perspektive soll sich ebenfalls in Grenzen gehalten haben); auch konnte die Kongreßpartei keine Koalitionspartner der Front zu sich herüberziehen, die vielmehr bei der Vertrauensabstimmung am 11. April 1997 alle ihre Abgeordneten für sich mobilisieren konnte. So blieb als Alternative nur eine simple Rochade, nämlich die Auswechslung des Premiers bei weitgehender Beibehaltung der bisherigen Minister. Dewe Gowda ging,

er hatte sich zwar weder intellektuell oder verbal als herausragende Gestalt dargestellt, in seiner Regierungszeit war aber dennoch Beachtliches geleistet worden (Abkommen mit Bangladesch, Aufnahme des Dialogs mit Pakistan, weitgehende Befriedung Kaschmirs durch Wahlen).

An der inneren Fragilität der Front, die nach wie vor auch in wesentlichen Fragen uneinig und auf das Wohlwollen der Kongreßpartei angewiesen war, änderte sich mit dem Wechsel nichts. Zum neuen Premier wurde Inder Kumar Gujral bestellt, der bisher als Außenminister fungierte, ein weltgewandter, intellektueller Diplomat fast ohne jede politische Hausmacht. Regierung und Kongreßpartei einigten sich auf die Einrichtung eines Koordinationsgremiums, das regelmäßige Treffen der beiden Fraktionsführungen zur Absprache der Politik vorsah. Gujral versprach die Fortführung der bisherigen Reformpolitik, die freilich durch die Regierungskrise in argen Verzug geriet. Immerhin raufte sich die Parteien wenigstens auf einer Sondersitzung Anfang April zusammen, wo der Haushaltsentwurf von Finanzminister Chidambaram abgesegnet wurde. Die Regierung Gujral überstand die Vertrauensabstimmung am 22. April 1997, gestützt auf die kommunistischen Parteien und den Kongreß, aber geschwächt um den Tamil Maanila Congress (deren Führer sich Hoffnungen auf den Posten des Premiers gemacht hatte), ohne Probleme. In der Regierungsansprache wurden v.a. die Fortführung der Reformen und die Aussöhnung mit Pakistan als Ziele herausgestellt.

Die BJP, die mit zum Sturz der Regierung beigetragen hatte, ging erneut leer aus. Sie landete freilich im April einen Coup in Uttar Pradesh, bei dem sie eine Koalition mit der Bahujan Samaj Party (BSP) (der Partei der Unter-kastigen) einging, die die Rotation der Regierung (beginnend mit der BSP) vorsah. Dabei schien die BJP als in Uttar Pradesh größere Fraktion zwar Opfer auf sich zu nehmen, die sich aber langfristig durch das Eindringen in bisher verschlossene Wählerschichten auszahlen sollten. Deutlich war, daß die BJP im Zuge der neuen Regierungsbeteiligungen im Punjab und nun in Uttar Pradesh erhebliche Abstriche an ihrer bisherigen Hinduplattform würde vornehmen müssen. Vor allem die einstmals geplante Rückeroberung der Tempel in Ayodhya und anderen Städten mußte von der Agenda gestrichen werden. In Delhi wirkte die Ankündigung der neuen Allianz geradezu schockartig. Überraschung bot dort auch der endlich vollzogene Beitritt Sonia Gandhis zur Kongreßpartei, als deren graue Eminenz (und Vorsitzende etlicher parteinaher Stiftungen) sie bereits geraume Zeit gewirkt hatte. Beobachter waren der Meinung, dieser Schritt diene dazu, für ihre Kinder als Statthalterin (für künftige politische Ämter) aufzutreten oder, alternativ, drohendem Positionsverlust bei der eventuellen Machtübernahme durch die BJP zu wehren. Letztere versuchte denn auch gleich die ausländische Herkunft Sonia Gandhis auszuschlachten, die aber auf ihre italienische Staatsbürgerschaft verzichtet und Indien seit dem Tode ihres Mannes nicht verlassen hatte.

Auch die neue Regierung befand sich sogleich in einer schwierigen Situation: Bei wichtigen Gesetzen (Frauenquote, Rundfunk, Wahlgesetz etc.) war sie sich über die Taktik mit der Kongreßpartei uneins, zudem wurde sie durch die Ankündigung der strafrechtlichen Verfolgung von Chefminister Laloo Prasad Yadav geschwächt, gegen den das CBI erdrückende Evidenz präsentieren konnte. Dieser hatte seine Herrschaft im übrigen zur extrem einseitigen Begünstigung seiner Kastenmitglieder genutzt, dabei die Haushaltskasse ruiniert und die Unterkastigen entfremdet. Dadurch schwand sein Anhang schon vor der gerichtlichen Verfolgung. Er zeigte sich davon freilich unbeeindruckt (tat dies als Verschwörung ab) und beharrte darauf, im Amte zu bleiben. Sein Parteifreund Gujral wurde dadurch in arge Verlegenheit gebracht, zumal sich die Vereinigte Front eine weitere Schwächung eigentlich nicht leisten konnte. Bei der stärkeren Rücksichtnahme, die die Regierung jetzt auf den Kongreß nehmen mußte, konnte es auch nicht ausbleiben, daß die Partner am linken Rande verärgert würden. Die Kommunisten verdrossen die zu große Nachgiebigkeit gegenüber dem Kongreß und ihr eigener Positionsverlust, und sie blockierten die Regierung bei der geplanten Heraufsetzung der Ölpreise. In den ersten zwei Amtsmonaten wirkte die Regierung denn auch reichlich führungs- und entscheidungslos. Indiz für ihre Schwäche war auch die beträchtliche Lohnanhebung für die öffentlich Bediensteten, die hierbei die Empfehlungen der einschlägigen Pay Commission völlig umsetzte (inklusive der Erhöhung von Pensionen, Lebenshaltungskostenzuschlägen etc.), dabei aber gleichzeitig die von der Kommission geforderten Leistungsverbesserungen, die Zusammenlegung von Behörden und Ministerien, die Abspeckung des Personals und die Reduktion der Feiertage verwarf. Auch wurde das Pensionsalter nicht wie gefordert von 58 auf 60 Jahre angehoben. Aufgrund der Tatsache, daß die linken Verhandlungsführer der Regierung Finanzminister Chidambaram völlig im Regen stehen ließen, vermochten die Gewerkschaften in ihren später folgenden Verhandlungen mit der Regierung noch mehr herauszuholen, als die Staatssekretärsrunde (die den Bericht der Pay Commission untersuchte) schon gewährt hatte. Die Arbeitsniederlegung am 4. September und die Drohung mit einem unbefristeten Streik genügten, um Restwiderstände hinwegzufegen. Als Ergebnis stiegen die Lohnausgaben der Zentrale, der Unionsstaaten und Kommunen um ca. 80%. Ein weiteres Beispiel schwachen Standvermögens zeigte die Regierung bei ihrer Kritik am CBI, das wegen vorzeitiger Weitergabe vertraulicher Ermittlungsergebnisse an die Presse kritisiert wurde, wobei sich der Premier an Parteien und Politiker anhängte, die mehr zu verbergen hatten als er. Angesichts steigender Kritik zeigte der Premier im Juni erstmals Initiative und entfernte Minister aus seinem Kabinett, die wichtigen Gesetzesvorhaben (wie der Privatisierung der Infrastruktur und der Erhöhung der Ölpreise) im Wege standen. Haupt-

gewinner der Umbildung waren mit der Samajwadi Party (SP) und der Tamil Maanila Congress (TMC) Parteien mit Nähe zum Kongreß.

Letzterer mußte sich endlich zu den gesetzlich erforderlichen internen Präsidentschaftswahlen bequemen. Diese fanden Ende Juni in Calcutta statt und brachten den eindeutigen Sieg Sitaram Kesris als Präsident und seiner Anhänger für wichtige Führungspositionen. Kesris Anhänger besetzten auch bis auf eine Ausnahme die Führungspositionen in allen Landesvorständen.

Ende Juni bis Mitte Juli spitzte sich die Krise in Bihar und gleichzeitig damit in der Janata Dal zu. Die Regierung dieses Unionsstaates hörte mit der Verhaftung etlicher Staatssekretäre, die in den Skandal um Abzweigung öffentlicher Futtermittelaufwendungen verwickelt waren (und der drohenden Verhaftung des Chefministers), praktisch auf zu existieren. Dazu kam, daß Präsidentschaftswahlen in der Janata Dal anstanden und der Skandal die Chancen Laloo Prasads trübten. Die Aussicht nachlassender Unterstützung durch seine Koalitionsfreunde beantwortete der Chefminister mit der Drohung, die Janata Dal zu spalten. Eine Vorstufe dazu war die Aufforderung an seine Anhänger, sich bei der Wahl für den Parteipräsidenten zu enthalten. Als er von der Regierung aufgefordert wurde, von seinem Amt zurückzutreten, gründete er mit der Mehrheit der Landtagsabgeordneten in Bihar und mehreren Unterhausabgeordneten unter neuem Firmenschild die Rashtriya Janata Dal, der der Front nicht mehr angehörte, obwohl seine Minister in der Regierung verblieben. Damit wurde die Regierungskoalition erneut empfindlich geschwächt. Eine Verhaftung Laloo Prasads konnte nur durch Versetzung des CBI-Direktors aufgehoben werden, die dadurch motiviert war, daß der Chefminister für diesen Fall mit einem inszenierten Volksaufstand in Bihar drohte. Die Arbeit der Zentralregierung wurde davon negativ betroffen; die Ölpreiserhöhung konnte nicht umgesetzt werden, und der Bericht der Privatisierungskommission verstaubte langsam.

Erfreulich war jedoch die fast einhellige Wahl Kocheril Raman Narayans, des hoch geachteten, literarisch versierten bisherigen Vizepräsidenten und Kongreßpolitikers zum höchsten Staatsamt, womit dieses zum ersten Mal in der Geschichte von einem Dalit bekleidet wird. Fast parallel dazu ereigneten sich allerdings Kastenunruhen in Mumbai und Umgebung, als eine Büste des legendären Dalit-Führers Ambedkar mit Sandalen verunziert wurde, in Indien ein Ausdruck tiefer Verachtung, auf den die Dalits mit Sachzerstörungen reagierten. Der Koalitionspartner der BJP (Shiv Sena) soll angeblich die Unruhen angestiftet haben, die mit Hilfe der Polizei niedergeschlagen wurden.

War bald nach Amtsübernahme der Front unter Dewe Gowda eine Entfremdung gegenüber der Kongreßpartei eingetreten, so nun gegenüber den kommunistischen Parteien. Diese waren erstens verärgert über den Verbleib der Laloo-Anhänger in der Regierung (ebenso wie die Reste der Janata Dal und die SP); Aufforderungen, die drei Minister zu entlassen, begegnete Pre-

mier Gujral mit Ablehnung. Die Communist Party of India (Marxist) war zudem wegen der Entfernung des CBI-Direktors erzürnt und blockierte das Zusammentreten des geplanten Koordinierungsgremiums mit der Kongreßpartei (s.o.). Dahinter stand die für die Kommunisten (und den ehemaligen Premier Gowda) mittlerweile allzu große Nähe der Regierung zum Kongreß. Darüber hinaus kam der Premier seitens der DMK und ihres Chefministers M. Karunanidhi in Tamil Nadu, der der Koalition den Druck auf Laloo Prasad zur Amtsaufgabe vorwarf, unter Druck. Diesem gelang es mit allen Tricks die Vertrauensabstimmung im Landtag von Bihar zu überstehen: Die Kongreßpartei enthielt sich der Stimme, Vertreter von Splittergruppen wurden mit Ministerämtern belohnt. Wenige Tage später gab der Regierungschef seinen Widerstand auf, nachdem die Zentralregierung mit der Verhängung der Direktverwaltung durch den Staatspräsidenten (President's Rule) gedroht hatte und schon die Armee zur Bekämpfung eventueller Unruhen in Stellung brachte. Laloo Prasad ließ sich in Untersuchungshaft verbringen, freilich nicht ohne zuvor seine politisch vollkommen unerfahrene und mehr oder weniger illiterate Gattin als Nachfolgerin einzusetzen. Diese gewann nach Einsetzung weiterer 61 Minister Ende Juni die Vertrauensabstimmung und bot in der Folge das noch nie dagewesene Schauspiel einer Chefministerin, die sich ihre Instruktionen im Untersuchungsgefängnis abholte, aber schnell Talent zum eigenen Regieren entwickelte.

Auch in Indien gibt es eine politische Sommerpause, in der sich in der Regel nicht sonderlich viel ereignet. Zu vermelden ist hier allerdings der Parteikongreß der Kongreßpartei in Calcutta, der im August als Schau der Einheit und des wieder wachsenden Selbstbewußtseins über die Bühne ging und wo Sonia Gandhi ihren ersten (mehr oder weniger erzwungenen) politischen Auftritt hatte, bei dem sie wenig Perspektiventrächtiges bot, dennoch aber triumphal gefeiert wurde. Deutlich wurde bei diesem Treffen und auch später, daß der Kongreß der Unterstützung der neuen Regierung schon wieder müde wurde und sich erstmals bessere Wahlchancen ausrechnete.

Im Oktober erzielte die BJP einen weiteren überraschenden Geländegewinn, als sich die BSP aus der Koalition mit dieser Partei in Uttar Pradesh zurückzog: Chefministerin Mayawati hatte diesen Staat einer kräftigen „Ambedkarisierung“ unterzogen, dabei über 1.000 Verwaltungskader entlassen, weil sie höheren Kasten angehörten, und diese Posten mit eigenen Leuten besetzt. Zudem waren allerlei Taten zugunsten der Dalits und ihrer Leitfiguren unternommen worden, die die Staatskasse von Uttar Pradesh vollends leerten; Recht und Ordnung, mit denen es schon vorher nicht gut stand, sollen in ihrer Regierungszeit vollends unter die Räder gekommen sein. Ihr BJP-Nachfolger Kalyan Singh machte einen guten Teil ihrer Beschlüsse nach der vereinbarten Amtsübernahme wieder rückgängig, woraufhin die BSP die Koalition aufkündigte. Premierminister Gujral und Innenminister Gupta for-

der den Gouverneur von Uttar Pradesh auf, die Landesregierung einer Vertrauensabstimmung zu unterwerfen. Dieser räumte der Regierung dafür gerade 36 Stunden ein. Dem Chefminister gelang das Kunststück, die drei Oppositionsparteien zu spalten und genügend Abgeordnete mit dem Versprechen eines Ministeramtes auf seine Seite zu ziehen, um in der Abstimmung zu obsiegen. Dabei spielten sich wüste Szenen ab; die Chefministerin stellte die Abgeordneten ihrer Partei praktisch vor der Abstimmung unter Hausarrest und bereitete den Tumult vor. Der Kongreß wurde durch die Überläufer besonders geschwächt; sein Präsident Sitaram Kesri plante daher in Rücksprache mit Premierminister Gujral, Uttar Pradesh unter die Direktverwaltung des Präsidenten stellen zu lassen. In diesem Falle hätte die neue BJP-Regierung ihre Überläufer aber nicht bei der Stange halten können, Neuwahlen verboten sich für die BJP ebenfalls. Das Komplott scheiterte aber am neuen Staatspräsidenten Narayanan, der das Ansinnen, die Direktverwaltung zu verhängen, an das Kabinett zur Neuberatung zurückwies. Im Prinzip hatte der Staatspräsident damit die Regierung einer illegalen Aktion bezichtigt; die Episode zeigte auch, wie stark Premierminister Gujral im Interesse der Amtserhaltung schon erpreßbar geworden war. Dazu paßte auch, daß er Untersuchungen von Korruptionsvorwürfen gegen Kongreßpolitiker verzögern ließ. Freilich hatte auch die BJP bei dieser Affäre nicht demokratische Meriten erworben: Der neue Chefminister Kalyan Singh ernannte für sein neues Kabinett sage und schreibe 93 Minister, davon nicht wenige mit strafrechtlich einschlägiger Laufbahn; jeder zweite Abgeordnete und praktisch jeder Überläufer bekam ein Amt, das verwaltungsmäßig oftmals nur mühsam oder gar nicht zurechtgeschnitten werden konnte. Die BJP, die für saubere Politik hatte sorgen wollen, versank nun selber im Sumpf. Um Wiederholungen vorzubauen, plante die Regierung Gujral - wohl auf Wunsch der Kongreßführung - eine Verschärfung des Gesetzes gegen Parteienspaltung, das bislang den Verlust der Mandate beinhaltete, wenn weniger als ein Drittel der Abgeordneten die Fraktion verließen (die Schwelle sollte auf die Hälfte heraufgesetzt werden).

Im Spätherbst 1997 mehrten sich die Zeichen, daß die Duldung der Zentralregierung durch die Kongreßpartei ihrem Ende entgegengehen könnte. Zeitweise wurde offensichtlich eine formelle Regierungsbeteiligung der Kongreßpartei diskutiert, Teile der Vereinigten Front und insbesondere die beiden kommunistischen Parteien votierten freilich massiv dagegen. Motiv solcher Überlegungen war wohl die steigende Ungeduld der Kongreßabgeordneten mit zeitlich wachsender Entfernung von der Macht und Besorgnisse ihres Präsidenten hinsichtlich weiterer Abspaltungen. Als eigentliche Zeitbombe sollte sich dann der Bericht der Jain-Kommission erweisen, die die Hintergründe des Attentates auf Rajiv Gandhi hatte erhellen sollen. Die Erstellung des Berichtes hatte reichlich Zeit gebraucht - sehr zur Verärgerung Sonia Gandhis -, und das Endprodukt, das dem kommunistischen Innenminister Gupta am 28.

August übergeben worden war, schmorte auch noch eine Weile als Verschlusssache. Der Minister erkannte klar den Zündstoff, den der Bericht enthielt und hatte ihn deswegen - im Sinne der Verzögerung - einer Gruppe von Staatssekretären zur Prüfung übergeben. Im November sickerten Teile des Berichtes an die Presse durch, die von *India Today* veröffentlicht wurden. Der Bericht macht zwar die srilankische Terroristengruppe Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) für das Attentat verantwortlich, weist aber der Regierung von Tamil Nadu ein gerüttelt Maß an Mitschuld zu, weil sie der LTTE im Lande praktisch freie Hand gelassen habe. Die von der DMK gestellte Regierung, die Teil der Vereinigten Front ist, habe die Terroristen unter ihren Schutz gestellt, sie mit Waffen, Geld und sonstiger Hilfe unterstützt. Der Zentralregierung unter V.P. Singh wurde dagegen die Lockerung des Sicherheitsschutzes für Rajiv Gandhi vorgeworfen. In dem offensichtlich relativ einseitigen Bericht wird die Mitverantwortung anderer (auch der Regierung Rajiv Gandhis) für die Umtriebe der LTTE weitgehend ignoriert. Die Wirkung der vorzeitigen Veröffentlichung war phänomenal; während die tamilischen Parteien über alle bisherigen Grenzen hinweg sofort den Schulterschuß suchten, sah der Kongreß gleich die Chance für ein einfaches, emotionales, aber gleichzeitig wirkungsvolles Wahlthema (die Mitschuld der gegenwärtigen Regierung am Tod des ehemaligen Kongreßführers), um die nächste Wahl zu bestehen. Zudem bot dieses Thema die Chance, Sonia Gandhi zur Mitwirkung bei einer eventuellen Wahlkampagne zu bewegen. Nach kontroversen Beratungen innerhalb der Kongreßfraktion, bei der Präsident Kesri von jüngeren Abgeordneten aus dem Süden des Landes zu einer scharfen Gangart gedrängt wurde, stellte dieser der Regierung ein Ultimatum, die Dravida Munnetra Kazagham (DMK) binnen 72 Stunden - also vor der parlamentarischen Beratung des Berichts (die vor allem Sonia Gandhi lästig gewesen wäre, da der Name ihres Mannes eventuell beschmutzt worden wäre) - aus der Regierung zu entfernen, widrigenfalls werde sie ihr die Unterstützung entziehen. Nach anfänglichem Zögern schlossen die zwölf Koalitionspartner ihre Ränge fest und verweigerten sich dem Diktat. Maßgebend für diese konsequente Haltung waren neben den tamilischen Parteien v.a. der kommunistische Chefminister von Westbengalen, Jyoti Basu, während Premierminister Gujral und Teile seines Kabinetts fürchteten, eventuelle Neuwahlen würden nur der BJP Nutzen bringen. Nach Auslaufen des Ultimatus teilte Kongreßpräsident Sitaram Kesri die Ankündigung der Unterstützung seiner Partei für die Regierung mit und meldete auch gleich vorsorglich seinen Anspruch auf die Regierungsführung an. Am 28. November 1997 erklärte Premier Inder Kumar Gujral seinen Rücktritt.

Der neue Staatspräsident Narayanan erwies sich erneut als Demokrat und Staatsmann und ließ verlauten, die Beauftragung einer Partei durch ihn mit der Regierungsbildung habe zur Voraussetzung, daß diese genügend parlamentarische Unterstützung mobilisieren könne. Bei seinem Empfang der führen-

den Politiker und des Chefs der Wahlkommission zeigte sich, daß dies erwartungsgemäß nicht der Fall war. Kurze Zeit später löste der Staatspräsident daher das Parlament auf und machte damit den Weg für Neuwahlen frei. Bis dahin würde die Regierung Gujral kommissarisch weiter die Geschäfte führen. Bleibt noch zu erwähnen, daß die Staatskrise nicht ohne wirtschaftliche Folgen blieb und insbesondere scharfen Druck auf die Rupie ausübte, dem nur mit geldpolitischer Restriktion begegnet werden konnte (s.u.).

Kongreßpräsident Kesri, der den Jain-Bericht als willkommenen Anlaß zur Aushebelung der Regierung, zur Dynamisierung der eigenen Partei und zur schnellen Rückkehr gesehen hatte, zog aus seinem strategischen Fehlschlag nur wenig Nutzen. Innerparteilich braute sich ein Unwetter gegen ihn zusammen. Die Parteiführerin von Westbengalen, Mamata Banerjee, drohte im Dezember gar mit Parteispaltung und konnte erst durch die Abordnung des Kongreßgeneralsekretärs Oscar Fernandes nach Calcutta wieder zur Raison gebracht werden. Bei einem Treffen des Congress Working Committee (des obersten Führungsgremiums der Partei) am 12. Dezember herrschte allgemein der Eindruck vor, daß die Partei in der Wahlkampagne neue Gesichter brauche, daß sie überaltert sei und bei der Jugend keinen Zuspruch finde. Kesri, der die Bewahrung der säkularen Tradition in den Vordergrund stellen wollte, wurde als zu wenig telegen eingeschätzt. Die Hoffnungen begannen sich verstärkt auf Sonia Gandhi zu richten, die zur Führung der Wahlkampagne überredet werden sollte. Dem bisherigen Premier Gujral erging es in seinem Lager nicht besser; er wurde als Anführer der Wahlkampagne mangels Hausmacht nicht einmal von seiner eigenen Partei akzeptiert. Dafür vermochte die BJP um so geschickter zum Jahresausgang 1997 ihre Wahlplattform zu verbreitern. Sie schloß mit der Konkurrenz der Regierungspartei in Tamil Nadu ein Abkommen zur Aufstellung gemeinsamer Kandidaten und ebenso mit einer Absplitterung der JD (der Bharatiya Janata Party) in Orissa. Diese Abkommen verlangten ihr zwar Kompromisse ab (insbesondere hinsichtlich ihrer unitarischen, hinduradikalen Programmpunkte), bedeuteten aber gleichzeitig einen weiteren Ausbruch aus der bisherigen politischen Isolation der Partei. Ihr Kandidat für das Amt des Premiers, Atul Behari Vajpayee, zeigte sich auch sehr bemüht, die BJP als Partei der Mitte darzustellen, die sich auch den bisher vom Kongreß umworbenen Minderheiten öffnete. Dazu paßte die Abhaltung der ersten All-India Muslim Youth Conference der BJP im Dezember, bei der die (mit den Moslems geteilte) gemeinsame Kultur Indiens beschworen und Urdu-Dichter rezitiert wurden

Im Dezember wurde auch der frühere Chefminister Laloo Prasad vorläufig aus der Haft entlassen. Unter der Administration seiner unerfahrenen Frau hatte die ohnedies schon prekäre Situation des „law and order“ noch weiter gelitten; bei einem spektakulären Anschlag einer Schlägergruppe von Grund-

besitzern kamen in diesem Monat 56 Menschen ums Leben. Auch die Entwicklungsprojekte kamen mangels Gegenmitteln nicht voran.

Ende Dezember wurde der Kongreß von weiteren Abspaltungen in Westbengalen, Tamil Nadu, Orissa und Karnataka heimgesucht, motiviert offenkundig vom geringen Vertrauen der Dissidenten in die Wahlchancen der Partei. Geplante Wahlabsprachen in wichtigen Unionsstaaten kamen nicht zustande. In einer Verzweiflungstat beschloß daraufhin das Congress Working Committee einstimmig, Sonia Gandhi zu bitten, für die Partei in den Wahlkampf zu ziehen. Zur allgemeinen Freude und Überraschung sagte sie zu, die sich bisher lange Jahre immer im Hintergrund gehalten hatte. Sie stieg mit einer Wahlveranstaltung im Januar 1998 an dem Ort ein, an dem ihr Mann von Terroristen ermordet worden war. Die BJP reagierte auf ihren Kampagneneinstieg zunächst herablassend mit dem Verweis darauf, daß frühere Kongreßführer den Aufstieg der BJP auch nicht verhindert hätten, später aber (nach den ersten Auftritten Sonia Gandhis) zunehmend nervös, weil diese die etwas einfältigen Attacken auf ihre ausländische Herkunft elegant abzuwehren und immer größere Menschenmassen anzuziehen vermochte. Umfragen bestätigten ganz eindeutig die Verbesserung der Chancen der Kongreßpartei durch ihren Einstieg in die Kampagne.

Die BJP beabsichtigte nach ihrem erst Anfang Februar 1998 vorgestellten Wahlmanifest, das erstaunlich offen Position für politischen/wirtschaftlichen Nationalismus bezieht, die serienmäßige Produktion von Lenkwaffen aufzunehmen und die Option weiterer Nuklearwaffentests aufrechtzuerhalten. Dafür handelte sie sich den prompten Protest der amerikanischen Regierung ein. Heimische Unternehmen (vor allem im Konsumgüterbereich) sollten nach den Vorstellungen der BJP für mindestens 7-10 weitere Jahre geschützt und in den sensiblen Fernmelde- und Versicherungssektoren nur ausländische Minderheitsbeteiligungen gestattet werden. Auch ihre langjährigen hinduchauvinistischen Positionen (einheitliches Zivilrecht, Abschaffung des Sonderstatus von Kaschmir, Tempelbau etc.) finden sich in dem Manifest, wengleich Parteichef L.K. Advani bei der Präsentation um Abschwächung bemüht war. So war es nicht verwunderlich, daß in der Folge die Moslemminderheit ihr Möglichstes versuchte, einen Sieg der BJP zu verhindern, verließ sich dabei auch nicht auf den Kongreß, sondern stellte eigene Kandidaten auf.

Die Wahl selbst verlief aus Sicherheitsgründen in mehreren Etappen vom 22. Februar bis 2. März 1998 (in Kaschmir am 7. März), die Auszählung erfolgte erst nach Abschluß der letzten Runde. Gewalttätigkeiten bei den Wahlen hielten sich im üblichen indischen Rahmen; der Unionsstaat Bihar stach dabei wieder unrühmlich heraus. Kurz vor den Wahlen wurde der durch Übertritte zum Chefminister in Uttar Pradesh avancierte Kalyan Singh (s.o.) vom Gouverneur für abgesetzt erklärt, ohne daß ihm die Chance gegeben wurde, seine eventuelle Mehrheit im Landtag nachzuweisen. Kurz zuvor waren

ihm nämlich die einstmaligen Überläufer wieder abhanden gekommen. Atal Behari Vajpayee begann nach dieser Entscheidung des Gouverneurs sofort mit seinem schon früher angedrohten Hungerstreik; der abgesetzte Chefminister ging vor das Obergericht in Uttar Pradesh. Dieses erklärte die Absetzung für null und nichtig. Teil der sich anschließenden Politposse war, daß die Wendehälse der Vorwochen auch in der neuen Regierung wieder Platz fanden.

Der Wahlkampf wurde von zwei Persönlichkeiten bestimmt, A.B. Vajpayee und Sonia Gandhi. Wie nicht weiter verwunderlich, standen echte politische Entscheidungsfragen nur selten im Zentrum ihrer Auftritte. Zur Personalisierung der Wahl trugen auch die Gegensätze zwischen beiden bei: Auf der einen Seite ein 72jähriger, altgedienter Politiker, Intellektueller, Poet und glänzender Redner, auf der anderen Seite eine publikumsscheue, des Englischen und des Hindi nicht vollkommen mächtige, letztlich unpolitische Dame. Während sich der Junggeselle Vajpayee, dessen Familie die Hindukaderverbände darstellen, als redlicher Patriarch anbot, trat Sonia Gandhi stets begleitet von ihren Kindern auf und verwies auf die elterliche Rolle, die die Familie Nehru/Gandhi für Indien eingenommen habe. Im Wahlkampf äußerte sie sich nicht zur Frage, wer denn die Kongreßpartei künftig führen oder wie diese sich von ihrem desolaten Zustand erholen solle. Vajpayee war bemüht, das radikale Image seiner Partei abzuschwächen und die Zukunft einer nationalen Einigung unter Führung der BJP zu beschwören.

Der Wahlausgang bot kaum Überraschungen. Die BJP wurde erwartungsgemäß stärkste Partei und erreichte mit ihren Partnern 250 der 543 Sitze; die Kongreßpartei schnitt besser als erwartet ab und kam mit verbündeten Gruppen auf 166 Sitze. Große Wahlverliererin war die regierende Vereinigte Front, deren Sitze sich auf 98 fast halbierten. Innerhalb der Front schnitten die Partei von Premier Gujral und die beiden tamilischen Regionalparteien besonders schlecht ab. In ihren bisherigen Hochburgen mußte freilich auch die BJP Verluste hinnehmen, insbesondere im Industriestaat Maharashtra, wo sie zusammen mit ihrem regionalen Partner Shiv Sena über 20 Sitze an die Kongreßpartei abtreten mußte. Überdies gewannen die mit der BJP verbündeten Parteien auch mehr Sitze hinzu als diese selbst (so in Tamil Nadu, Orissa, dem Punjab und Karnataka). Ähnlich erging es dem Kongreß, der gerade dort verlor, wo er die Regierung stellte, und auch in seiner früheren Hochburg Uttar Pradesh keinen Boden gut machen konnte. Unabhängige und sonstige Parteien verloren (darunter auch die Partei der Unterkastigen) und kamen nur auf insgesamt 21 Sitze.

Noch bevor die Wahlergebnisse ausgezählt waren, erhoben sowohl die BJP als auch der Kongreß (verbal) Anspruch auf die Regierungsbildung. Nach der indischen Verfassung ist nämlich der Staatspräsident nicht unbedingt gehalten, die stärkste Fraktion damit zu betrauen. Das kurzfristige Vertrauen von Teilen der Kongreßführung in die eigene Mehrheitsfähigkeit nährte sich aus

der angekündigten Unterstützung durch die Kommunisten, die sich in der jüngsten Vergangenheit einer Zusammenarbeit mit dem Kongreß stets verweigerten, nun aber dazu bereit schienen, um die Machtergreifung der BJP mit allen Mitteln zu verhindern. Andere im Kongreß, darunter auch Sonia Gandhi, neigten dazu, in einer Phase der Opposition erst wieder Kräfte zu sammeln. Der Spitzenkandidat der BJP hatte dagegen alle Mühe, seine Wahlkoalition zusammenzuhalten und wurde insbesondere von der Exchefministerin von Tamil Nadu, Jayalitha, und der Volkstribunin von Westbengalen, Mamata Banerjee, unter Druck gesetzt. Letztere erklärte, sie wolle eine BJP-Regierung nur von außen unterstützen. Dies deutet darauf hin, daß der neue Premier, der nach ergangenem Auftrag zur Regierungsbildung am 29. März 1998 die Vertrauensabstimmung überstand, mit seinen 16 Koalitionspartnern noch schwierige Zeiten erleben dürfte. Positiv daran ist, daß die Rücksicht auf die Partner der BJP die Realisierung ihres einstmals radikalen *Hindutva*-Projektes verunmöglicht und zu Pragmatismus zwingt. Das gilt v.a. für die Minderheiten- und Kaschmirpolitik der neuen Regierung. Auch der politische Wechsel an sich ist positiv zu werten, der zeigen könnte, daß neben dem Kongreß auch eine zweite national auftretende Partei in der Lage ist, die politischen Geschäfte in Indien zu besorgen. Zu erwähnen ist schließlich noch, daß Sonia Gandhi zeitgleich mit der Bestellung der neuen Regierung, für ihren Einsatz im Wahlkampf mit der Präsidentschaft der Kongreßpartei belohnt wurde, ein Amt, um das sie sich wahrlich nicht gerissen hatte.

Gegenüber der Regierungskrise in Permanenz verblaßten im Berichtszeitraum die anderen politischen Krisen. Ethnisch-separatistische Konflikte konnten weiter gedämpft werden. Über die Landtagswahlen im Punjab, die gemäßigten Kräften zum Siege verhalfen, wurde schon berichtet. Wie sehr in diesem Unionsstaat die Normalität eingezogen ist, zeigten auch die erstmals wieder fließenden ausländischen Direktinvestitionen. In bezug auf das seit Jahrzehnten aufständische Nagaland konnte die Regierung Dewe Gowda ein Waffenstillstandsabkommen mit den Rebellengruppen vorbereiten, das dann im August in Genf unterzeichnet wurde. Dies wurde durch die Tatsache gefördert, daß sich die Armee in diesem Unionsstaat weniger als Besatzungsmacht, sondern eher als Aufbaukraft profiliert hatte. In Kaschmir ging die Zahl der aktiven Rebellen nach den Landtagswahlen offenbar deutlich zurück, die der Anschläge fiel um die Hälfte. Bei den Militanten, die mehr und mehr nur noch von den Wäldern aus operierten, dabei allerdings sehr gezielt vorgehen, stieg wohl auch der Anteil der (landesfremden) Söldner. Dennoch waren Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir und das Verschwindenlassen von Verdächtigen immer noch an der Tagesordnung. In Assam verschlechterte sich die Situation freilich eher: Rebellen der United Liberation Front of Assam (ULFA) verübten am 8. Juni 1997 einen Anschlag auf das Leben des Chefministers, zwei Monate später erfolgte ein spektakulärer Anschlag

auf einen Personenzug. In Presseberichten sickerten die nicht unerheblichen Schutzgeldzahlungen durch, die größere indische Firmen an die ULFA leisteten. Die Armeepräsenz im Lande wurde verstärkt, und im August wurde ein Exmilitär als neuer Gouverneur eingesetzt, da der vorherige die Situation offenbar nicht in den Griff bekam.

Im Dezember 1997 wurde das religiös vergleichsweise friedliche Südindien zum Schauplatz blutiger Konflikte. Angehörige radikaler muslimischer Jugendgruppen in der Boomstadt Coimbatore hatten im Streit um eine Verkehrsbuße einen Polizisten erstochen. Die Moslems der Stadt wurden darauf zum Freiwild für hinduistische Fanatiker, die von der Polizei beim Brandschatzen geschützt wurden. In der Folge ereignete sich eine Serie von Bombenanschlägen, bei denen bis zum Februar 1998 fast 60 Menschen zu Tode kamen. Beobachter machten dafür moslemische, vom pakistanischen Geheimdienst unterstützte Gruppen verantwortlich, andere hingegen Sturmtruppen der BJP (um Hinduwähler im Süden zu mobilisieren). Hintergrund der krisenhaften Zuspitzung der Lage ist die Tatsache, daß der wirtschaftliche Aufschwung der Region an den Moslems weitestgehend vorbeigegangen ist.